

Aktuelles – Honorarstreit mit den Kassen

Der erweiterte Bewertungsausschuss hat mit den Stimmen der Kassen real gegen die Ärzte eine Absenkung der finanziellen Mittel für die ambulante medizinische Versorgung beschlossen. Das führte zu massiven Protesten der Ärzteseite. Lesen Sie dazu nachstehend einen Bericht von der Sonder-VV der KBV sowie aktuelle Pressemitteilungen.

KBV-Sonder-Vertreterversammlung:

Resolution: Schluss mit der Diffamierung durch die Kassen!

Auf einer kurzfristig anberaumten Sonder-Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) am 1. September in Berlin haben rund siebenhundert Vertragsärzte und -psychotherapeuten ein klares Zeichen gesetzt: Wir halten zusammen! So lassen wir nicht mit uns umgehen, lautete die Botschaft. Das Fass zum Überlaufen gebracht hatte der jüngste Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses zur Anhebung des Orientierungswertes um 0,9 Prozent.



Der große Saal der KBV war proppenvoll

Wer im großen Saal der KBV keinen Sitz- oder Stehplatz mehr bekommen hatte, konnte draußen und in den anderen Räumen auf Leinwänden die Reden miterleben, und die aufgeladene Stimmung im Saal war sogar dort zu spüren. Der Vorsitzende der Vertreterversammlung, **Hans-Jürgen Weidhaas**, brachte einleitend auf den Punkt, warum so viele niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten aus der ganzen Republik zu dieser Sondervertreterversammlung nach Berlin gekommen waren: „Wir sind heute hier, um ein Zeichen zu setzen, um Verantwortung für die ambulante Versorgung und das Gesundheitswesen zu übernehmen“, sagte Weidhaas. Er begrüßte insbesondere den Präsidenten der Bundesärztekammer, Dr. Frank Ulrich Montgomery, und dem FDP-Gesundheitspolitiker Lars Lindemann. Einstimmig nahmen die Delegierten den Antrag an, an diesem

Tag allen anwesenden Niedergelassenen Rederecht zu geben.

„Außergewöhnliche Umstände erfordern außergewöhnliche Mittel“, hob KBV-Vorstandsvorsitzender **Dr. Andreas Köhler** zu einer fulminanten Rede an. Deshalb habe die KBV gemeinsam mit den Kassenärztlichen Vereinigungen die heutige Sondervertreterversammlung einberufen und dazu auch die Vertreterversammlungen der KVen sowie die Berufsverbände eingeladen. „Die Resonanz ist eindeutig“, stellte Köhler im überfüllten Saal fest. Der KBV-Vorstandsvorsitzende kritisierte aufs Schärfste die Krankenkassen, die sich offenbar auf einem Kreuzzug gegen die Ärzte befänden, auf dem die Steigerung des Orientierungswertes um 0,9 Prozent im Erweiterten Bewertungsausschuss nur der jüngste Höhepunkt sei. „Die Sicherstellung der

Patientenversorgung und eine angemessene Vergütung sind zwei Seiten derselben Medaille! Wenn diese notwendigen Bedingungen nicht erfüllt werden können, dann darf es keine Tabus mehr geben“, rief Köhler unter heftigem Applaus. „Dann müssen wir über den Sicherstellungsauftrag neu nachdenken.“ Wieder unterbrach ihn anhaltender Beifall. „Nicht obwohl, sondern weil wir den Sicherstellungsauftrag haben, können wir nicht länger stillhalten und alles erdulden.“

Köhler forderte den Bundesgesundheitsminister auf, den Beschluss zu beanstanden, und kündigte an, Klage vor dem Sozialgericht Berlin-Brandenburg zu erheben. „Sollte kein Umdenken bei den Krankenkassen und auch in der Politik stattfinden, dann können wir die flächendeckende ambulante Versorgung



Präsidium der Sonder-VV mit Dr. Stefan Windau (2. v. li.)

in diesem Land nicht länger garantieren. Wenn der Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses rechtsgültig und rechtskräftig wird, müssen wir die Diskussion um den Wert des Sicherstellungsauftrages zwingend führen. Für begrenzte Finanzmittel kann es auch nur ein begrenztes Leistungsangebot geben!“ erklärte Köhler unter zustimmenden Rufen und dem Heulen der mitgebrachten Sirenen. „Nur so werden wir die gesetzlichen Krankenkassen zur Rückbesinnung auf ihre originäre Funktion bewegen, nämlich das Versicherungsrisiko für ihre Versicherten zu tragen und eine gute Versorgung zu organisieren.“ Geschlossen stand das Auditorium auf, um dem KBV-Vor-

standsvorsitzenden mit Ovationen seine Unterstützung zu bekunden.

Ärztammerpräsident **Dr. Frank Ulrich Montgomery** überbrachte den Niedergelassenen die volle Unterstützung und Solidarität der Bundesärztekammer. „In der Auseinandersetzung mit den Krankenkassen geht es längst nicht mehr nur um die Höhe des Orientierungswertes bei den Arzthonoraren. Es geht um grundsätzliche Fragen der ärztlichen Berufsausübung. Wir müssen unsere Würde zurückholen, die wir brauchen, um die Patientenversorgung leisten zu können“, sagte Montgomery. Dies betreffe nicht nur die Niedergelassenen, sondern die Kran-

kenhausärzte ganz genauso. „Das müssen wir gemeinsam aufsechten, im Interesse der Patienten!“ Montgomery appellierte, bei allem nicht zu vergessen, dass der Patient der Unterstützer der Ärzte sei. Der Protest müsse in erster Linie auf die Krankenkassen zielen und in zweiter Linie auf die Politik. „Denn diese ist gefordert, das Kartell der Kassen mit gesetzlichen Mitteln zu brechen.“ Den hunderten von anwesenden Ärzten und Psychotherapeuten rief er zu: „Sie haben die Unterstützung aller Ärzte in Deutschland. Wir werden das gemeinsam machen!“

KBV-Vorstand **Dipl.-Med. Regina Feldmann** erinnerte an frühere Zeiten, als sich die Ärzte Deutschlands im Protest formierten und zu Verbänden zusammenschlossen. „Lassen sie uns auch jetzt zusammenschließen. Lassen Sie uns den Kassen die Macht der geeinten Ärzte- und Psychotherapeuten entgegenzusetzen.“ Es lohne sich, jetzt zu kämpfen, auch um die Bedingungen für den Nachwuchs der Ärzte und Psychotherapeuten für die Zukunft zu verbessern. Feldmann warb dafür, heute eine Resolution zu verabschieden, um den Druck auf den Bundesgesundheitsminister zu erhöhen.

Anschließend verabschiedeten die versammelten Ärzte und Psychotherapeuten aus den KVen, den Vertreterversammlungen, den Kammern und den Berufsverbänden als Zeichen der Einigkeit und Solidarität eine Resolution gegen die Diffamierung durch die Krankenkassen (*den Text der Resolution finden Sie auf der Rückseite dieses Heftes*).

(nach Informationen der KBV)

Die gesundheitliche Versorgung unserer Patienten ist wertvoll!

Unter dieser Prämisse verabschiedeten am 1. September die Vertreter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, der Kassenärztlichen Vereinigungen sowie zahlreicher ärztlicher Verbände eine Resolution.

Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen (KV Sachsen) unterstützt diese Resolution in vollem Umfang. Der Vorstandsvorsitzende der KV Sachsen, **Dr. Klaus Heckemann**, ist empört: „Wir sind in Sorge um die flächendeckende ambulante medizinische Versorgung in unserem Land. Wie soll ärztlicher Nachwuchs für

die Nachfolgen in den Praxen vor Ort gewonnen werden, wenn die Kassen einen Einkommensverlust für die Ärzte fordern. Das liegt wohl kaum im Interesse ihrer Versicherten!“

In der heutigen Verhandlungsrunde bestand noch einmal die Möglichkeit, den Schlichtungsspruch vom vergangenen Donnerstag zu korrigieren. Da diese Chance vertan wurde, ist mit Praxis-schließungen zu rechnen. Niedergelassene Ärzte dürfen ihre Praxen spontan kurzfristig schließen, wenn die Versorgung anderweitig abgesichert ist. Eine

Meldung darüber an die Kassenärztliche Vereinigung oder eine andere Stelle ist erst dann notwendig, wenn die Schließung länger als eine Woche dauert.

Die KV Sachsen geht davon aus, dass die Kolleginnen und Kollegen, die mit kurzen Schließungen ein Zeichen an Kassen und Politik setzen wollen, dies mit Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein tun werden.

(Pressemitteilung der KV Sachsen vom 3. September 2012)

„Heutige Honorarentscheidung ist eine Unverfrorenheit“

Der Erweiterte Bewertungsausschuss (eBA) beschließt gegen die Ärzte real eine Absenkung der finanziellen Mittel für die ambulante medizinische Versorgung. Die Bevölkerung muss sich auf drastische Einschnitte vorbereiten.

Berlin, 30. August 2012: Als „verantwortungslos, zynisch und fahrlässig“ bezeichneten die Vorstandsvorsitzenden der in FALK und LAVA organisierten Länder-KVen die heutige Entscheidung des Erweiterten Bewertungsausschusses (eBA) in Berlin, die Preise für ärztliche Leistungen für 2013 um lediglich 0,9 Prozent anzuheben.

Nach einer gesetzlich verordneten Nullrunde 2012, die den Krankenkassen ein Plus von über 20 Milliarden Euro bescherte, sei der jetzige Beschluss eine schallende Ohrfeige für alle niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten, die

ihre Patienten rund um die Uhr versorgen und dafür nun bestraft würden.

„Diese lächerliche Anhebung ist angesichts der Kostensteigerungen und der Inflationsrate in Wahrheit eine Minusrunde.“ Damit sei die ärztliche Versorgung der Bevölkerung äußerst gefährdet. „Wie wollen wir junge Ärzte gewinnen, wenn das Signal der Kassen ist: Ärzte sind der billige Jakob! Die arbeiten auch zum Nulltarif.“?

Schon jetzt werde in vielen Bundesländern jede fünfte ärztliche Leistung gar nicht vergütet, weil die Kassen Milliarden bunkerten, statt sie in die ambulante Versorgung ihrer Versicherten zu investieren.

FALK und LAVA rufen daher alle niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten sowie deren Praxisteam auf, sich am Samstag, den 1. September 2012, um 11 Uhr vor dem Sitz der Kassenärztlichen

Bundesvereinigung (KBV) in Berlin zum Protest einzufinden und damit der KBV in den Auseinandersetzungen mit den Krankenkassen den Rücken zu stärken.

„Nun ist dringend die Politik gefordert: Das Bundesgesundheitsministerium muss diesen Beschluss des eBA unbedingt revidieren, wenn es seiner Verantwortung für die Versorgung der Bürger gerecht werden will. Jetzt nicht zu reagieren, wäre unverzeihlich“, so die Vorstandsvorsitzenden der in FALK und LAVA organisierten Länder-KVen.

*Gemeinsame Pressemitteilung
der Freien Allianz der Länder-KVen
(FALK) und des Bündnisses
Länderübergreifender Angemessener
Versorgungsanspruch (LAVA)*

PS: Die KV Sachsen ist Mitglied im „LAVA-Bündnis“

„Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung – doch tun dies die Kassen auch?“

Honorarstreit – Die KBV hat heute die Verhandlungen im Erweiterten Bewertungsausschuss mit dem Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung unterbrochen.

Dr. Andreas Köhler, KBV-Vorstandsvorsitzender und Verhandlungsführer der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten, erklärte heute **im Namen aller Vorstände der 17 Kassenärztlichen Vereinigungen** zum Abbruch der Verhandlungen:

„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Verhandlungen geplatzt. Das hat nicht nur mit den konkreten Ergebnissen, sondern vor allem auch mit der Atmosphäre zu tun, in der diese Verhandlungen stattgefunden haben.

Die Sitzung ist jetzt unterbrochen. Es gibt derzeit keine aktuellen Beschlüsse, weder zur Höhe der Preise der ärztlichen Leistungen, noch zur Gesamtvergütung wegen der Veränderung des Krankheitszustandes der Bevölkerung.

Der Schlichter muss nun innerhalb von 14 Tagen eine neue Sitzung einberufen. Ob wir zu dieser Sitzung dann präsent sein werden, wird vom Gespräch mit den Vorständen des GKV-Spitzenverbandes abhängen.

Wir fordern den GKV-Spitzenverband deshalb auf, mit uns auf Vorstandsebene sehr zügig Gespräche zu führen und mit uns zusammen zu klären, wie wir der gemeinsamen Verantwortung für die Versorgung der Menschen in Deutschland künftig gerecht werden können.

Wir, die Ärzteschaft, bekennen uns zu dieser Versorgungsverantwortung und zum Sicherstellungsauftrag. Nun ist es auch an den Krankenkassen als Partner der gemeinsamen Selbstverwaltung, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen.

Außerdem werden wir gegen den Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses von vergangener Woche, das Honorar der niedergelassenen Ärzte

und Psychotherapeuten für 2013 um nur 0,9 Prozent anzuheben, beim Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Klage einreichen. Diese Klage hat aufschiebende Wirkung. Damit wird dieser Beschluss nicht rechtskräftig.

Wir möchten diesen Konflikt nicht auf dem Rücken der Patienten austragen.

Die Ärzteschaft wird schrittweise geeignete Maßnahmen abstimmen. Vor diesem Hintergrund hoffe ich, dass der GKV-Spitzenverband jetzt seine Verantwortung für die ambulante medizinische Versorgung wahrnimmt.“

*(Pressemitteilung der KBV
vom 3. September 2012)*

Aktuelles – Initiativen gegen den Ärztemangel

Bienvenido in Sachsen

Die KV Sachsen startet im August die erste Phase eines neuen Modellprojekts zur Vermittlung von Praxisnachfolgern

In einigen sächsischen Orten kann es Ihnen in den nächsten Wochen spanisch vorkommen. Deutsch lernende Ärzte und ihre Familien kommen in ihrer neuen Heimat an. Der Grund: Viele sächsische Vertragsärzte suchen altersbedingt Nachfolger für ihre Praxen. Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen hat jetzt über ihre Pflichtaufgaben hinaus eine weitere Initiative gestartet, ihre Mitglieder zu unterstützen. Im KV-Auftrag suchte der Personaldienstleister Team-Work4ce im EU-Ausland nach Ärzten, die nach deutschem Zulassungs- und Berufsrecht zulassungsfähig sind. Es handelt sich um gestandenen Mediziner mit ambulanter Erfahrung, die mit ihren Familien nach Deutschland übersiedeln und hier dauerhaft sesshaft werden wollen.

Sachsen konkurriert bei der Arztsuche mit anderen europäischen Ländern, insbesondere Norwegen und Schweden. Aus diesem Grund kam es nach anfänglichem Interesse mehrmals zum Ausscheiden von Kandidaten, die sich für ein Auswandern in diese Regionen entschieden. Bei den gefunde-

nen Kandidaten handelt sich um Mediziner mit sehr guter Ausbildung die aus ungekündigter Stellung mit langjähriger ambulanter Erfahrung nach Deutschland übersiedeln. Die neuen Vertragsärzte sind verpflichtet, mindestens vier Jahre am Standort niedergelassen zu sein.

Im Rahmen dieses neuen Modellprojektes wurden zunächst acht Praxen ausgewählt, deren Inhaber seit langem einen Praxisnachfolger suchen und eine große Anzahl von Patienten versorgen. Lage und Umgebung müssen zukunftssicher und familienfreundlich sein. Die ersten drei Praxisinhaber im Vogtlandkreis, Landkreis Zwickau und Mittelsachsen unterschrieben mit drei spanischen Ärzten am 29. Juli 2012 ihre Verträge zur Praxisübergabe. Weitere Verträge stehen kurz vor dem Abschluss. Für diese drei spanischen Ärzte beginnt am 2. August 2012 in Chemnitz ein Deutsch-Intensivkurs. In einem Rhythmus von jeweils drei Wochen Sprachkurs und einer Woche Praktikum beim Praxisabgeber werden die Kandidaten auf ihre Tätigkeit in Deutsch-

land vorbereitet. Diese Verträge beinhalten die Praxisübernahme zum Jahreswechsel, wenn die Sprachkurse bis dahin nachgewiesen wird. Die meisten Kandidaten werden bereits jetzt in den Orten wohnen, wo sie später arbeiten. Die Integration der Familien und der frühe und kontinuierliche Kontakt zu den potentiellen Patienten stehen dabei im Mittelpunkt. Wir bitten vorerst von Interviewanfragen abzusehen, um den Integrationsprozess nicht zu stören. Ihre Fragen richten Sie bitte bis dahin an die Kassenärztliche Vereinigung: presse@kvs-kgst.de. Nach einer Einarbeitungszeit werden die Vertreter der Medien im Frühjahr 2013 Gelegenheit erhalten, sich vom Erfolg der ersten Praxisnachfolgen nach diesem neuen Modell zu überzeugen.

Für die sächsischen Vertragsärzte ist dieses Konzept kostenneutral, die Auslagen des Personaldienstleisters werden nach Vorleistung durch die KV Sachsen von den „neuen Mitgliedern“ getragen.

(Presseinformation der KV Sachsen vom 2. August 2012)

Traumberuf Arzt: Studieren in Europa – Arbeiten in Sachsen

Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen hat eine weitere Initiative gestartet, um den Mangel an Hausärzten auch mittel- und langfristig zu bekämpfen.

Mit dem Studienjahr 2012/13 strebt die KV Sachsen ein neues Modellprojekt für sächsische Abiturienten an, die sich verpflichten, nach erfolgreichem Studien- und Weiterbildungsabschluss für mindestens fünf Jahre in Sachsen hausärztlich tätig zu werden. Die KV Sachsen möchte für zunächst bis zu 20 Studenten an zwei vertraglich zu bindenden ungarischen Universitäten die Studiengebühren übernehmen. Die Wahl fiel zunächst auf Ungarn, da dort deutschsprachige Studiengänge angeboten werden und die Ausbildung anerkanntermaßen besonders gut und praxisbezogen ist.

Dieses zusätzliche Angebot ergänzt bereits laufende Maßnahmen und Förderprogramme, wie das vom Freistaat Sachsen,

der KV Sachsen und den Krankenkassen gemeinsam finanzierte Stipendium, das seit 2008 gewährt wird. Dieses neue Programm wurde möglich, da die ärztliche Ausbildung EU-weit anerkannt wird und die Voraussetzungen dafür auf europäischer Ebene harmonisiert wurden.

Bei der Auswahl der Studenten wird darauf geachtet, dass neben der persönlichen und fachlichen Eignung eine enge Bindung an Sachsen besteht und dadurch die Chancen, dass sich die Bewerber in Sachsen niederlassen werden, deutlich erhöht sind. Sollte eine Niederlassung in Sachsen nicht erfolgen, sind die verauslagten Kosten grundsätzlich zurückzuerstatten. Erste Interessenten für das Studienjahr 2012/13 haben sich bereits bei der KV Sachsen gemeldet. Parallel zur Vorbereitung der Vertragsverhandlungen informiert die KV Sachsen bereits an sächsi-

schen Gymnasien zu den Möglichkeiten, die das Projekt für das Studienjahr 2013/14 bietet.

„Mit diesem neuen Modellprojekt investieren wir sowohl in unsere sächsische Jugend als auch in die Versorgung der Alten und Kranken“, hebt der Vorstandsvorsitzende der KV Sachsen, Dr. Klaus Heckemann, selbst Facharzt für Allgemeinmedizin in eigener Niederlassung, hervor. „Wir freuen uns auf die künftigen Kolleginnen und Kollegen, die zukünftig ihren Traumberuf Arzt in Sachsen ausüben werden.“ Die sächsische Gesundheitsministerin Christine Clauß begrüßt das Projekt „als Ergänzung der bereits zur Verfügung stehenden Maßnahmen“.

(Presseinformation der KV Sachsen vom 15. August 2012)